

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Haushalt

Die Koalition erhöht auf grüne Initiative die Mittel für den Klimaschutz. **S. 2/3**

Antidiskriminierung

Das Land Bremen richtet eine Antidiskriminierungsstelle ein. **S. 4**

Langzeitgebühr wird abgeschafft

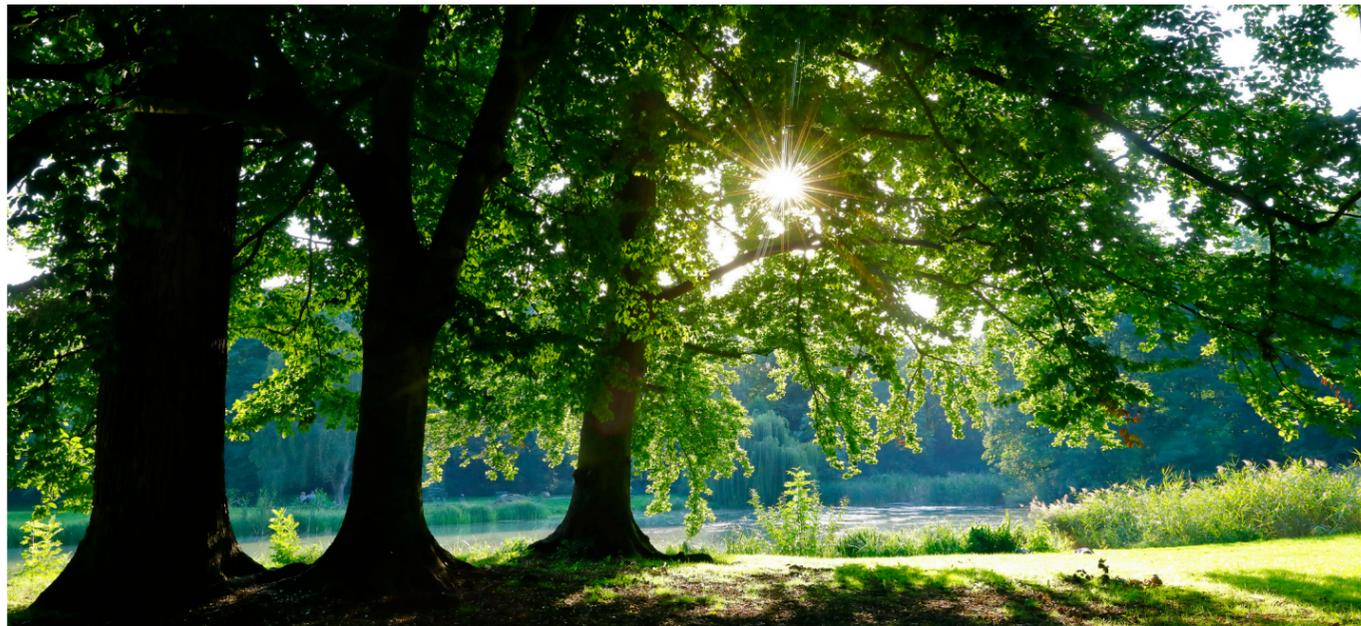
Die Langzeitstudiengebühren werden abgeschafft. Das Sommersemester 2020 wird nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet, was für den BAföG-Bezug entscheidend ist. Das sind zwei Kernpunkte der Hochschulgesetz-Novelle. Angesichts der Corona-Pandemie gibt es auch einen unbürokratischen Nachteilsausgleich, falls Studierende ohne eigenes Verschulden die Studien- und Prüfungsleistungen nicht erbringen konnten. „Mit der Novelle sorgen wir dafür, dass Studierenden aufgrund der Corona-Krise kein Nachteil entsteht“, so die wissenschaftspolitische Sprecherin Solveig Eschen.

Solardach wird zur Pflicht



Bremen und Bremerhaven werden auf grüne Initiative zu Solar Cities. Solardächer werden bei Neubauten zur Pflicht. Bei öffentlichen Gebäuden wie Kitas und Schulen kommen Solarzellen künftig ebenfalls aufs Dach. In einem zweiten Schritt gilt die Solardach-Pflicht auch für Bestandsgebäude, wenn das Dach vollständig erneuert wird und die Photovoltaikanlage wirtschaftlich zumutbar ist. Um die Solardach-Pflicht sozial verträglich zu gestalten, ist eine Förderung durch die Bremer Aufbaubank vorgesehen. Neben dem Gebäudesektor soll die Solarenergie durch die Überdachung von Parkplätzen,

und die Nutzung von Freiflächen ausgebaut werden. „Mit diesem Beschluss wird die Solarenergie im Land Bremen zum Standard. Das ist ein Erfolg für die Energiewende. Die Bedingungen dafür sind gut: Die Preise für Photovoltaikanlagen sind erheblich gesunken. Wer viel von der gewonnenen Solarenergie selbst nutzt, hat die Kosten schnell wieder raus und wird unabhängiger von der Strompreisentwicklung. Das Potenzial von Sonnenenergie in Bremen ist hoch. Damit könnten ohne die Stahlwerke über 40 Prozent des Bremer Stromverbrauchs gedeckt werden“, betont der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck.



Deutliches Plus für Klimaschutz

Nachdem der Senat mit kräftigen Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung und sozialen Zusammenhalt vorgelegt hatte, verstärken nun die Regierungsfractionen die Schwerpunkte: Zu den Gewinnern der rot-grün-roten Haushaltsberatungen gehören neben dem Klimaschutz der Sozial- und Bildungsbereich, der Sport und junge Kultur. „Wir haben ein Paket geschnürt, das die Probleme der Menschen im Blick hat und für Abhilfe sorgt. Viele soziale Projekte werden gestärkt. Zugleich stellen wir mit zusätzlichen Mitteln für den Klimaschutz die Weichen für ein nachhaltiges und lebenswertes Bremen. Nicht zuletzt sorgen wir mit der Förderung von junger Kultur und Hochschulen dafür, dass Bremen und Bremerhaven für junge Menschen

attraktiver werden“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker. Beim Klima- und Umweltschutz steuert die Koalition auf grüne Initiative nochmal deutlich nach: So stehen in diesem Jahr zusätzlich 1,6 Millionen Euro bereit, um 1000 neue Bäume in der Stadt zu pflanzen. Für die Pflege städtischer Grünflächen und –anlagen wird der Haushaltsansatz 2020/21 um insgesamt eine Million Euro erhöht. Vier neue Klimaschutzmanager*innen sollen dafür sorgen, dass die größeren Klimaschutzprojekte wie die energetische Gebäudesanierung oder der Ausbau der Rad-Premiumrouten beschleunigt durchgeführt werden. Für die Umsetzung des Solar Cities-Programms bei öffentlichen Gebäuden wird eine kommunale Einrichtung geschaffen. Mit einem Landesförder-

programm ‚Klimaschutz im Quartier‘ im Umfang von 800.000 Euro werden z.B. Repair Cafés in den Stadtteilen unterstützt. 150.000 Euro für Fragen rund um die Verbesserung der Ernährung und eine bewusstere Auswahl des Essens bekommen die Geno-Kliniken. Weiteren Schwung erhält auch die Verkehrswende. Um sie auch am Stadtrand attraktiv zu gestalten, wird der rad- und fußgängerfreundliche Umbau der Huchtinger Heerstraße vorgezogen. Zudem sind Mittel für die Planung von Straßenbahnverlängerungen veranschlagt. Zur Förderung des Fußverkehrs richtet die Koalition einen eigenen Etat

„Wir haben die Probleme der Menschen im Blick.“

Björn Fecker

von insgesamt 1,5 Millionen Euro ein. Die Aufenthaltsqualität soll mit 1000 Bänken erhöht werden, für die die Anschubfinanzierung bereit steht.

Mit verschiedensten Ansätzen stärkt die Koalition zudem den sozialen Zusammenhalt. Alle Index-Kitas sollen eine* Sozialpädagog*in erhalten. Die Schulsozialarbeit wird aufgestockt, das Projekt ‚Chancen-Raum‘ gefördert, die Arbeit der vier Mehrgenerationenhäuser gestärkt. Die Fraktionen stellen 400.000 Euro bereit, damit analog zum Bremer Westen auch im Bremer Osten zügig ein Hebammen- und Gesundheitszentrum entstehen kann. Weitere sollen für Bremen-Nord und Bremerhaven geplant werden. Das Stadtticket wird für anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche ab Jahresbeginn kostenfrei, Erwachsene sollen nur noch 25 Euro zahlen. Ein neuer Härtefallfonds soll Strom- und Wassersperren abwenden.

Das Rat&Tat Zentrum wird finanziell auf solide Beine gestellt, das gilt ebenso für Fraueneinrichtungen.

Für den sozialen Kitt der Gesellschaft ist der Sport ein wichtiger Teil. Das Programm ‚Kids in die Clubs‘ wird aufgestockt. Für die Erhöhung der Übungsleiter*innenpauschale sind 300.000 Euro zusätzlich vorgesehen. Mehr Geld gibt’s auch für die

Sportplatzpflege und den Sport-Fonds. Die Sportfördermittel zur Anschaffung von Geräten und Modernisierungsvorhaben erhöhen sich ab 2021 um 200.000 Euro. Das Vereinsschwimmen wird gestärkt.

Gestärkt wird auch die Club-Kultur. Neben der Förderung des Vereins ‚Clubverstärker‘ legt die Koalition einen Schallschutzfonds für Musikclubs auf (200.000 Euro). Damit werden Lärmschutzmaßnahmen unterstützt, was auch das gute Miteinander mit den Anwohner*innen fördert. Ferner richtet Rot-Grün-Rot ein Popbüro ein und legt ein Bremer Bühnen-Budget (150.000 Euro) für Musikclubs auf, die damit z.B. bei Lesungen, Konzerten und Ausstellungen von den fälligen Gema-Gebühren entlastet werden.

Bremerhaven wird im Landeshaushalt mit zusätzlichen Mitteln berücksichtigt. So fließen u.a. drei Millionen Euro mehr für den Ausbau der Hochschule, der Kunsthallen-Anbau wird unterstützt und das Junge Theater kann zusätzliches Personal einstellen.



Diskriminierung stoppen

Auf grüne Initiative richtet Bremen zum kommenden Jahr eine Landesantidiskriminierungsstelle ein.

Benachteiligungen bei der Job- oder Wohnungssuche oder auch abwertende Bemerkungen – das sind nur wenige Spielarten von Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, wegen einer Behinderung oder wegen der sexuellen Orientierung. Für viele Menschen ist Diskriminierung ein bitterer Teil des Alltags. Um entschlossen gegen Diskriminierung vorzugehen und die Betroffenen zu unterstützen, richtet die Koalition auf grüne Initiative eine unabhängige Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) als zentrale Anlaufstelle ein. Sie soll diskriminierten Menschen passgenaue Unterstützungs- und Beratungsangebote vermitteln. Zugleich soll die LADS die Diskriminierungsvorfälle dokumentieren und Handlungsempfehlungen zum Abbau struktureller Ungleichbehandlung erarbeiten sowie Aufklärungsarbeit

leisten. Bis Jahresende soll die Konzeption vorliegen. Für die Betriebsaufnahme der LADS werden 400.000 Euro im Haushalt veranschlagt.

Die LADS ist der bisher noch fehlende Baustein, so die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp, um die bestehenden Angebote des Bremer Netzwerkes gegen Diskriminierung noch wirkungsvoller zu machen: „Mit der Landesantidiskriminierungsstelle setzen wir ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Benachteiligung. Alle Menschen im Land Bremen haben das Recht, gleichbehandelt zu werden. Mit der neuen Stelle schaffen wir eine zentrale Anlaufstelle für die Betroffenen, die sie passgenau zu den unterschiedlichen Angeboten des Bremer Netzwerkes gegen Diskriminierung leitet. Zugleich erhält der Abbau struktureller Benachteiligungen dadurch weiteren Schwung.“



Gleichstellung bei Rente

Die Bundesregierung muss die Diskriminierung jüdischer Zuwander*innen bei der Rente beenden. Dafür hat sich der Landtag auf grüne Initiative ausgesprochen. Viele jüdische Zuwander*innen sind von Altersarmut betroffen, weil ihnen die Arbeitsjahre in der ehemaligen Sowjetunion mangels Abkommen nicht für die Rente angerechnet werden. „Diese Ungerechtigkeit muss beendet werden. Es muss umgehend eine Lösung erfolgen, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt. Die jüdische Zuwanderung hat auch Bremen wieder eine Chance auf ein religiöses und kulturelles jüdisches Leben gegeben, dafür sind wir dankbar“, so die stellv. Fraktionsvorsitzende Henrike Müller.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen